

Streit um "Pille danach": Grüne werfen Gröhe "Scheinargumente"

Berlin, 11.02.2014, 15:13 Uhr

GDN - Im Streit um die Freigabe der "Pille danach" hat NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) vorgeworfen, mit vorgeschobenen Argumenten die Aufhebung der Rezeptpflicht verhindern zu wollen. Wenn Gröhe die fehlende Beratung und mögliche Nebenwirkungen als Hinderungsgrund angebe, seien dies "Scheinargumente", sagte Steffens der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (Mittwochausgabe).

Erstens hätten Apotheken bei allen frei verkäuflichen Medikamenten eine Beratungspflicht. Zweitens habe die unabhängige Kommission für Verschreibungspflicht "eindeutig für die Aufhebung der Rezeptpflicht votiert", sagte Steffens. "Ob ein Medikament verschreibungspflichtig ist oder nicht, ist keine politische Frage und darf auch nicht von dem moralischen Wunsch des Wählerklientels eines Ministers abhängen." Steffens warf Gröhe zudem eine "rückwärtsgewandte" Position vor. "Die Aufhebung der Rezeptpflicht für die Pille danach in Deutschland ist längst überfällig", sagte die NRW-Ministerin der Zeitung. Sie sei überzeugt, dass Frauen in Deutschland in gleicher Weise die Verantwortung für sich und ihren Körper übernehmen könnten wie beispielsweise Frauen in Frankreich, Belgien und Österreich, wo die Abgabe schon seit vielen Jahren rezeptfrei sei. Dass Frauen für die Pille danach in die Niederlande fahren müssten, könne kein Modell der Zukunft sein. Gesundheitsminister Gröhe hatte die rezeptfreie Abgabe abgelehnt. Bei der Pille handle es sich um einen Wirkstoff, der in Einzelfällen auch schwere Nebenwirkungen habe. Ein Expertenausschuss des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte hatte sich im Januar aber dafür ausgesprochen, die Pille danach mit dem Wirkstoff Levonorgestrel rezeptfrei auszuhändigen. "Sollte Gröhe ernsthaft bei dem Argument der Nebenwirkungen bleiben, müsste er sich umgehend für eine Rezeptpflicht bisher frei verkäuflicher Medikamente mit Wirkstoffen wie ASS, Ibuprofen, Paracetamol und anderer Schmerzmittel einsetzen, die ein vergleichbares oder sogar höheres Risiko von Nebenwirkungen haben", sagte Steffens. Der rot-grün dominierte Bundesrat hatte im November die Rezeptfreiheit verlangt, um besonders jungen Frauen einen schnellen Zugang zu dem Präparat ohne Arztbesuch zu ermöglichen. Gröhe sprach sich hingegen für einen "zügigen, diskriminierungsfreien Zugang" zur Pille danach mit ärztlichem Rezept aus.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-29902/streit-um-pille-danach-gruene-werfen-groehe-scheinargumente-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619